

Alexander Siedschlag

Die sicherheitspolitische Konstellation Europas

**Antrittsvorlesung als Stiftungsprofessor für Europäische Sicherheitspolitik
an der Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie der Leopold-
Franzens-Universität Innsbruck am 2. Mai 2005**

„Die Darlegung wissenschaftlicher Probleme so, dass ein ungeschulter, aber aufnahmefähiger Kopf sie versteht, und dass er – was für uns das allein Entscheidende ist – zum selbständigen Denken darüber gelangt“¹ – dieses seinerzeit von *Max Weber* gesetzte Ziel der akademischen Lehre ist zugleich das didaktische Leitbild, dem ich mich mit meinem Stiftungslehrstuhl verschreiben möchte.

Doch selbst wenn es gelänge, diesem Leitbild zu entsprechen, wäre der Auftrag des Stiftungslehrstuhls nur partiell erfüllt. Denn unser Auftrag beinhaltet auch den Wissenstransfer in die Politik und in die Gesellschaft. Indes: Hier verstehen wir uns wiederum als Weberianer: Nicht nur, dass allenfalls derjenige „Persönlichkeit“ auf wissenschaftlichem Gebiet entwickeln kann, „der *rein der Sache* dient“², sondern auch, dass deswegen die Wissenschaft der politischen Relevanz keinesfalls entsagen muss. Denn Max Weber lässt uns eine ganz wichtige öffentliche Aufgabe: die „*technische Kritik*“³, die auf der Differenzierung zwischen Werturteilen, Tatsachenurteilen und typologischen Entwicklungserwartungen fußt. Technische Kritik erläutert Entscheidungsoptionen und arbeitet deren Konsequenzen heraus, aber sie trifft keine Aussagen über das Sein-Sollende.

Nun hat Max Weber nach einem Probesemester Österreich wieder den Rücken gekehrt. Mein Lehrstuhl, mein Team und ich hingegen stehen im erfreulich verlaufenden zweiten Semester. Gerade der rechte Zeitpunkt, um mit Ihnen heute meine Gedanken zur sicherheitspolitischen Konstellation Europas zu teilen sowie einige Anklänge an meinen Forschungsstandpunkt anzubringen.⁴

Es erweist sich in der Lehre der Politikwissenschaft als schwierig, deutlich zu machen, wie essenziell es ist, nicht in ein Kommentieren des Politischen hineinzuschlittern; denn die damit zu Buche schlagenden Wertbeziehungen unterminieren einen sich um weltanschauliche Neutralität bemühen analytischen Zugriff. Die Lehre der Politikwissenschaft ebenso wie die Analyse von Politik gerät dann zu einer reinen Erzählerei, einem bloßen „*Narrativismus*“ – jener vom österreichischen Wissenschaftsphilosophen Karl Acham so bezeichneten Pseudomethodik, die „sozialwissenschaftliche Erklärungen durch die phänomenologische Beschreibung der in Betracht stehenden Sachverhalte“⁵ ersetzt.

Die von meinem verehrten österreichischen Lehrer Gottfried-Karl Kindermann begründete *Methode der Konstellationsanalyse*,⁶ insbesondere auch gegen das Elend des Narrativismus in der Politikwissenschaft gerichtet, beginnt mit der Herausarbeitung des Kontextes und des übergreifenden Problemhaushaltes, in den der zu untersuchende Wirkungszusammenhang eingebettet ist. Und ganz ähnlich steht ebenso die Europäische Sicherheitspolitik als Lehr-, Forschungs- und Politikberatungsfeld nicht allein, sondern ist in das Fach Internationale Politik sowie in die gesamte Politikwissenschaft als spezifischer Sozialwissenschaft eingebettet. Wenn wir Rechenschaft darüber ablegen wollen, wo denn unser Untersuchungsgegenstand, *Sicherheit für und durch Europa*, herkommt, werden wir ziemlich schnell bei der gesellschaftlichen Konstruktion der Sicherheitspolitik ankommen: *Sicherheitspolitik* betreibt heutzutage oft genug, wer Bedrohungen definiert – und damit sozusagen auch sozial ankommt, nämlich Dominanz in der Debatte und Resonanz in der Öffentlichkeit findet. Wenn das

aber so ist, dann sind wir in der sicherheitspolitischen Forschung ganz besonders auf eine *synoptische Perspektive* angewiesen, die Erkenntnisse aus unterschiedlichen Teildisziplinen aktiv mit berücksichtigt, nicht nur etwa aus der Geschichte und dem Völkerrecht, sondern zum Beispiel gerade auch aus der Soziologie oder der politischen Psychologie.

Synoptisch gesehen ist die sicherheitspolitische Konstellation Europas zuvorderst keine Organisationsstruktur, die von ineinander greifenden – oder manchmal möchte man doch eher sagen: sich untereinander ins Ruder greifenden – internationalen Sicherheitsinstitutionen getragen wird und sich irgendwelcher struktureller „Krisenbögen“ annimmt. Die sicherheitspolitischen Krisen unserer Zeit entstehen nämlich nicht aus objektiven Konfliktstrukturen und Bedrohungsmustern, sondern vor allem aus dem perzeptiven Momentum – das heißt, aus Wahrnehmungs- und Bewertungsstrukturen.

Wenn wir in der Forschung deshalb mehr und mehr mit dem Begriff „*Sicherheitskomplex*“⁷ arbeiten, heißt das auch: Sicherheitsgemeinschaften und Sicherheitsintegration können nur dann die Chance auf Geltung besitzen, wenn man wirklich *gemeinsam* Sicherheitsrisiken entgegentritt – und nicht in einem polyphonen Arrangement von einzelnen Staatschef-Clubs, Pralinengipfelstürmern, Vorreitern und Nachzüglern strukturierter Zusammenarbeit, atlantischen Europäern und europäischen Atlantikern und dergleichen mehr. Der methodische Bezugsrahmen ist dann ein so genanntes *Zwei-Ebenen-Spiel*⁸:

Erstens gibt es die internationale Ebene, auf der es darauf ankommt, das Handeln der Staaten zu *harmonisieren*. Wir wissen aus der Theorie der Internationalen Politik, dass Staaten geneigt sind, nationale Interessen auch einmal *nicht* in den Vordergrund zu stellen, wenn es darum geht, internationale Institutionen zu transformieren, an neue Herausforderungen anzupassen. Wir wissen aber auch, dass nach der Initiierung der Transformation jeder Staat versucht, für sich mög-

lichst viel aus dem Potenzial des Wandels herauszuholen, sodass hier sofort wieder die nationalen Interessen zu dem Leitmotiv werden, das dem sicherheitspolitischen Multilateralismus seine Prägung gibt.

Aus dieser Perspektive heraus ist es politologisch gesehen eher zweifelhaft, ob es eine gute Idee der NATO war, sich auf dem Prager Gipfel 2002 eine Strategie zu geben, die die permanente Transformation der Allianz in den Mittelpunkt stellt; denn wenn unsere Theorie funktioniert, war das zugleich der Startschuss für dauernde Verteilungskonflikte um relative Aufwendungen und Gewinne in der Bündnispolitik. Dieser grundlegenden Problematik eines an fortwährender *Transformation* orientierten Konzeptes wird man sinngemäß sicher auch im Bereich seiner innenpolitischen Anwendung, zum Beispiel auf dem Sektor der Streitkräfte reform, Rechnung tragen müssen.

Damit zur *zweiten* Ebene des Zwei-Ebenen-Spiels der europäischen Sicherheitspolitik: nämlich ihren *innenpolitischen* Bedingungsfaktoren. Gerade im Zeitalter eines sowohl *erweiterten* Sicherheitsbegriffes, der bis hinab zu Human Security (zur Sicherung individueller Reproduktionschancen) reicht, als auch eines *umfassenden* Sicherheitsbegriffes, der sich eine riesige instrumentelle Bandbreite an zivilen und militärischen Mitteln der Konfliktprävention, der Krisenbewältigung und der nachhaltigen Stabilisierung von Post-Conflict-Situationen erschlossen hat, ist die demokratische Tragfähigkeit von Sicherheitspolitik eine *conditio sine qua non*. Wann aber ergibt sich unter welchen Voraussetzungen eine nachhaltige sicherheitspolitische Betroffenheit der Bevölkerung, inklusive ihrer Bereitschaft, Sicherheitspolitik im Sinn umfassender Sicherheitsvorsorge mit zu tragen?

Das große Praxisproblem mit einer solchen Mehrebenenperspektive liegt mithin in der Ausfransung des Sicherheitsbegriffes. Sicherheit wird damit letztlich als Produkt jeglicher klugen Politik verstanden. Sicherheitspolitik als geographisch

und thematisch entgrenzte umfassende Risikovorsorge kann aber nicht tragfähig und vor allem nicht erfolgswahrscheinlich sein.

Zunächst besteht die Gefahr, dass Sicherheitsvorsorge in *Symbolismus* abdriftet. Dies vor allem dann, wenn man jedwedes wenn auch noch so erschütternde und leidvolle Ereignis in der Welt sofort zum Maßstab der eigenen Handlungsfähigkeit definiert. Das gilt für den 11. September ebenso wie für Naturkatastrophen. Vergangene Ausnahmeereignisse als kategorische Richtschnur für die Vorbereitung auf die Krisen der Zukunft zu wählen, ist politisch freilich sehr verlockend: Man kann aller Welt seine Handlungsbereitschaft demonstrieren, ohne sie regelmäßig unter Beweis stellen zu müssen; denn Ausnahmeereignisse finden nun einmal nicht täglich statt. Die sicherheitspolitische Konstellation Europas indes wird sich nicht in kühnen Sprüngen von Krisenreaktion zu Krisenreaktion verfestigen, sondern im tagtäglich verantwortlichen sicherheitspolitischen Geschäft.

Die Erfahrung zeigt überdies, dass die Idee der regionalen gemeinsamen Sicherheit angesichts übergreifender Probleme oder miteinander verwickelter Bedrohungslagen in der Praxis nicht funktioniert, sofern man keine gemeinsame Leitidee hat, der gegenüber alle Beteiligten Staaten *fortwährend*, anstatt nur in Gipfelverlautbarungen, angemessen handeln. Ein lehrreicher Fall ist die OSZE: rückblickend fällt auf, dass ihre Teilnehmerstaaten in völligem Aktivismus jahrelang jede Krise im neuen Europa zum Anlass nahmen, einen jeweils neuen Mechanismus zu entwickeln, der greifen sollte, falls eine derartige Krise nochmals geschähe und auch das kollektive Interesse bestünde, sie anhand des vorhandenen Mechanismus zu bearbeiten.

Nun, die Krisen kamen mitunter wieder, doch das Interesse, die gemeinsamen Mechanismen auch zu nutzen, blieb in der Regel aus. Resultat ist die faktische Beschränkung des breit angelegten Ansatzes der OSZE auf eine Funktion in der Wahlbeobachtung und der Rüstungskontrolle von Kleinkaliberwaffen. Kein

breites Dach, um den sicherheitspolitischen Überbau des neuen europäischen Hauses zu schaffen, wie es die OSZE dereinst hätte werden sollen.

Die Erfahrungen der jeweils neuesten Krise zum Maßstab für die Bewältigung aller Krisen der Zukunft zu machen, ist auch anderen europäischen Sicherheitsinstitutionen nicht zuträglich gewesen. Die *NATO* schrieb sich nach dem Kalten Krieg die *Stabilitätsprojektion* in ihre geostrategische Nachbarschaft auf die Fahne und schuf dazu eine Reihe von Gremien und Programmen. Nach dem völlig unter den Tisch gekehrten Prioritätenkonflikt zwischen dieser Partnerschaftsidee und der Erweiterungsidee kommt die *NATO* nach ihrer Big-Bang-Erweiterung nun gar nicht umhin, sich zu einem Akteur geographisch potenziell unbegrenzter Stabilitätsprojektion zu definieren, wenn sie überhaupt noch sicherheitspolitische *Außenwirkung* entfalten möchte. Der *NATO*-Rat in Madrid 2003 hat bekräftigt, das neue Einsatz- und Aufgabenspektrum der Allianz sei im Lichte der Strategie zu sehen, Sicherheitsgefahren zu begegnen, „wo immer solche Bedrohungen und Herausforderungen ihren Ursprung haben“, und Operationen durchzuführen und Streitkräfte zu entsenden, „wo dies nach Entscheidung durch das Bündnis zur Gewährleistung unserer gemeinsamen Sicherheit angezeigt ist“.

Dann aber besteht die Gefahr, dass die *politische* Hälfte der *NATO* in zunehmendem Maße nicht mehr erkannt wird, sondern die ganze transatlantische Allianz nur noch als Tool Box für die Aktionen von Koalitionen der Willigen erscheint. Außerdem macht der Schritt zur entgrenzten Prävention deutlich, dass zwischen den *NATO*-Staaten eben kein Konsens mehr über eine gemeinsame Bedrohungswahrnehmung besteht. Der Allianzforschung nach ist aber gerade die gemeinsame Bedrohungsperson ein wichtiger Faktor für den politischen Zusammenhalt und die politische Handlungsfähigkeit eines Bündnisses.⁹

Dies führt zu einem ganz wichtigen Aspekt: der Verknüpfung von *Militärpolitik* und *Sicherheitspolitik*. Multinationalen Streitkräftestrukturen kommt immer auch

die politische Funktion zu, den Bündniszusammenhalt zu stärken und die einzelnen Staaten bereits in der sicherheitspolitischen Alltagspragmatik zu verzahnen. Etwas Ähnliches gab es bereits in der NATO des Kalten Krieges: das so genannte Schichttorten-Prinzip, d.h. die Abfolge von Verteidigungsabschnitten jeweils anderer NATO-assignierter nationaler Kontingente. Umso wichtiger ist echter Multinationalismus der Streitkräfte heute, im Zeitalter mannigfaltiger Gefahren, aber uneindeutiger Bedrohungen. Wenn man sich das vor Augen hält, werden die wichtigen *politischen* Funktionen etwa der NATO Response Force deutlich.

Das Gleiche gilt für den Bereich der ESVP, der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der EU, und trifft dabei ebenso auf die viel diskutierten Battle Groups zu. Multinationale Streitkräfteverbände, die nicht nur auf dem Papier assigniert sind, sondern durch gemeinsame Ausbildung und Übung auch einen gemeinschaftlichen Truppenalltag erleben, haben zusätzlich zu ihrer militärischen Bedeutung und der Funktion des politischen Bindemittels zudem die Aufgabe, zur Integration Europas auf der Graswurzel-Ebene beizutragen: Es sind einerseits eben auch europäische Bürgerinnen und Bürger in Uniform, die da miteinander umgehen; und es sind andererseits gerade die Anpassungsleistungen in der täglichen multinationalen Truppenpraxis und nicht allein die Brüssler Beschlüsse, die wichtige Voraussetzungen für die verteidigungspolitische Harmonisierung Europas schaffen.

Wer die politische Zukunft Europas mitgestalten möchte, wird sich deshalb der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Union nicht entziehen dürfen, die überdies ein neuer und alter Schrittmacher der politischen Integration Europas an sich ist. Bereits die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, die – nicht verwirklichte – EVG von 1952, sollte *ein* Pfeiler einer EPU sein, einer Europäischen Politischen Union.¹⁰

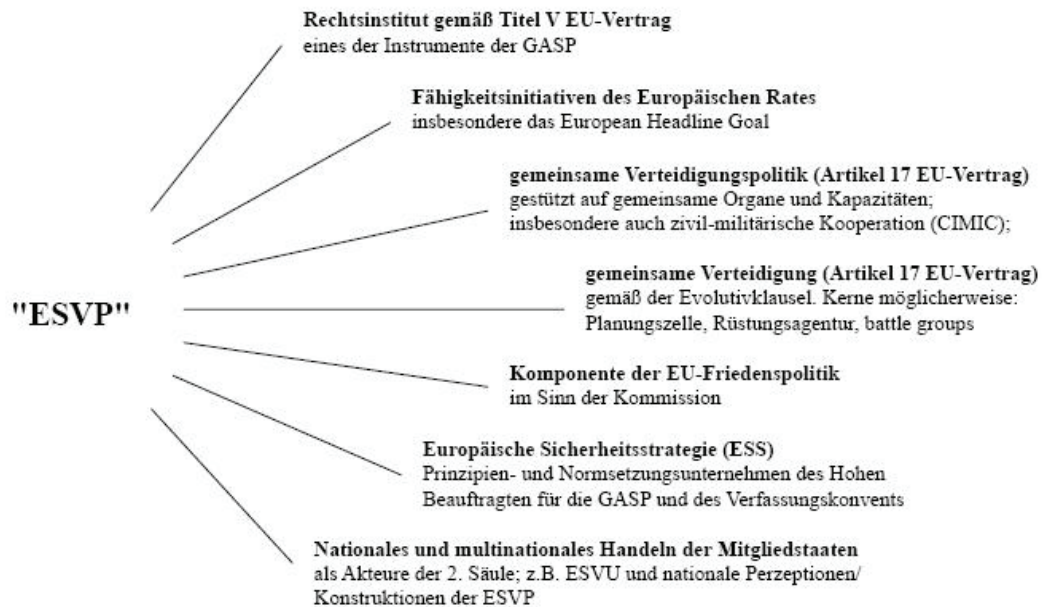
Eine tragfähige politische Union benötigt aber nicht nur Mitgliedstaaten, die sich nicht erst jahrelang auf eine „Kultur der Zurückhaltung“ berufen – so wie Deutschland –, um dann mit einer Politik des „neuen Weges“ auf einmal den Griff nach dem Weltsicherheitsrat zu versuchen. Sie benötigt Mitgliedstaaten, die sich weder notorisch unter- noch überschätzen. Eine tragfähige politische Union Europas wird sich allerdings auch *selber* nicht notorisch unter- oder überfordern dürfen.

Der Europäischen Union wird es mittelfristig nicht gut tun, dass ihr die Staats- und Regierungschefs im Dezember 2003 eine Sicherheitsstrategie gegeben haben, die aber keinen Sicherheitsbegriff beinhaltet, sondern eher ein Rezept für grenzenlosen Aktionismus: die Strategie fußt nämlich auf der Annahme, dass die EU bereits ein globaler Akteur sei, der seine umfassende Handlungsfähigkeit deutlich machen müsse.

Eine Weltordnung auf der Grundlage eines „effektiven Multilateralismus“ möchten die Europäer damit verwirklichen helfen, und doch hinken sie den Ereignissen hinterher, anstatt die Grundlage für eine wirklich breit angelegt zivil-militärische Sicherheitsvorsorge zu schaffen. Während die EU-Staaten nämlich durchaus damit ausgefüllt wären, im Rahmen der ESVP die Fähigkeit herzustellen, die vor dreizehn Jahren definierten so genannten Petersberg-Aufgaben zu erfüllen, die auch Maßnahmen zum Peace Enforcement beinhalten, und hier Jahr für Jahr die Planungsgrößen verändern und die zeitliche Ziellinie nach hinten schieben, sind im EU-Verfassungsvertrag die Petersberg-Aufgaben nichtsdesto-trotz grundlegend erweitert worden. Sie umfassen jetzt auch Konfliktverhütung, Terrorismusbekämpfung und die Beratung von Drittländern in Angelegenheiten der Friedenssicherung.

Doch nicht nur das erweiterte Petersberg-Spektrum macht die ESVP vielschichtig. Sie ist es auch ihrer institutionellen Konfiguration nach:

Die Multidimensionalität der ESVP



Man erkennt in der Abbildung zum Beispiel, dass die Europäische Kommission der ESVP gar einen dezidierten Platz im Rahmen ihres Konzepts der EU als einem die Bandbreite aller ihrer Politikfelder umfassenden „*Friedensprojekt*“ zugedacht hat. Damit bekommen wir Konkurrenz oder zumindest Prinzipienkonflikte zwischen Sicherheitsbegriffen innerhalb der ESVP. Perspektivische Herausforderung in dieser Dimension ist die *Kohärenz* der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Union angesichts der Pluralität von Instrumenten.

Nachdem die ESVP laut Verfassungsvertrag nun überdies als eine Komponente in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Union – der GASP – aufgehen soll, wird sie in ihrer Außenwirkung auch der EU als ganzer zugerechnet werden. Doch dies entspricht nicht ihrer Praxis. Denn bereits auf dem Kölner Gipfel 1999 haben die Staats- und Regierungschefs betont, dass der Einsatz von nationalen Streitkräften jedenfalls die souveräne Entscheidung der einzelnen

Mitgliedstaaten ist. Auf dem Gipfel in Göteborg 2001 wurde sogar festgelegt, dass in der ESVP die Bereitstellung *aller* „nationalen Mittel“ durch die Mitgliedstaaten „auf der Grundlage souveräner Beschlüsse“ erfolgt. Die strategische Selbstverortung der EU als globaler Akteur steht hier doch in recht scharfem Gegensatz zur Realität.

Der Stabilität einer sicherheitspolitischen Konstellation schadet jedoch nichts so sehr wie eine Überdehnung des Spannungsverhältnisses von Anspruch und Wirklichkeit. Rufen wir uns die Mahnung der Schule des *klassischen Realismus* im Fach Internationale Politik in Erinnerung: Bringe dich nie in eine Position, aus der du dich nicht ohne Gesichtsverlust wieder zurückziehen kannst, aus der es dir aber auch nicht möglich ist, dich ohne unangemessenes Risiko weiter zu bewegen.¹¹ In der Tat ist mit der ESVP die Sicherheitspolitik wieder zu einem Schrittmacher der Integration Europas geworden – und damit aber auch zu einer erstrangigen Frage für die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union als ganzer.

Der *wesentliche Mehrwert* der ESVP in der sicherheitspolitischen Konstellation Europas wird nicht die Fähigkeit sein, Weltentwicklungsziele zu verwirklichen, sondern schlicht und ergreifend zivile und militärische Konfliktverhütung und Krisenbewältigung koordiniert zu betreiben. Und dies bereits ab der Frühwarnung und Strategieplanung, nicht erst im Zuge der Operation selbst.

Die NATO hat im Moment Probleme, mit einer Tendenz der Spaltung zwischen den institutionellen Orten des Bündnisses zurechtzukommen, an denen Sicherheitspolitik diskutiert wird und an denen politische Entscheidungsprozesse stattfinden, sowie jenen, welche mit der operativen Umsetzung der getroffenen Entscheidungen betraut sind. In der ESVP hingegen läuft beides immer enger miteinander verzahnt, die zivilen und militärischen Komponenten ergänzen sich in der ESVP von vornherein. Und nicht erst im konkreten Einsatz – Stichwort Civil-Military Cooperation oder CIMIC –, sondern bereits auf der Ebene der

Lagebeurteilung, der strategischen Planung und der Zielwertbestimmung. So hat sich die EU mit dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK) ein Gremium geschaffen, das beide Komponenten politisch verzahnt. Dabei sind die zivilen Aspekte der ESVP kein Anhängsel der militärischen Helsinki Headline Goals, sondern die Union verfügt über eine eigene Planung für zivile Fähigkeiten, die vier Bereiche umfasst: Polizeikräfte, Rechtsexperten, Fachleute für den Aufbau Öffentlicher Verwaltung sowie Zivil- und Katastrophenschutzkräfte.

Gleichwohl gibt es kein Handlungsgebilde „Europäische Union“, sondern die Akteure bleiben die in der Union zusammengeschlossenen Mitgliedstaaten. Also spielt der Nationalstaat auch in der sicherheitspolitischen Konstellation Europas im 21. Jahrhundert eine entscheidende Rolle. Folglich wird die sicherheitspolitische Konstellation Europas mittelfristig auch nicht primär von gemeinsamen Sicherheitsideen, sondern von immer wieder miteinander in Einklang zu bringenden nationalen Interessen bestimmt werden.

Allerdings gestaltet sich das erwähnte Zwei-Ebenen-Spiel damit auch problematischer: Stabile nationale Wirklichkeitskonstruktionen wie „Friedenspolitik“ in Deutschland oder „Neutralität“ in Österreich, aus denen sich – auch zu innenpolitischen Zwecken gut nutzbare – spezifische Rollenmodelle nebst Selbstlegitimation ableiten lassen, führen zwar zu einer sichtbaren, eigenständigen Sicherheitspolitik des betreffenden Staates, sie verhindern jedoch zugleich die zügige Anpassung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik an die gemeinsamen Herausforderungen. Die Gefahr besteht dann zum Beispiel in publicityträchtigen Ersatzlösungen: Man kann sich nicht einmal auf eine gemeinsame Terrorismusdefinition und eine Beistandsverpflichtung untereinander einigen, weiß aber genau, wie der Iran und Nordkorea zum Verzicht auf Nuklearwaffen-Fähigkeiten bewegt werden können, und möchte sich künftig auch gleich noch der Bewältigung globaler Umweltbedrohungen annehmen.

Da ist es für Staaten, die sich selbst in der kritischen Diskussion ihrer sicherheitspolitischen Leitidee befinden, nicht leicht, tragfähige neue Positionen zu beziehen. Sicherlich gilt das auch für *Österreich*. Für nicht so große Staaten kann Umweltwandel sogar besonders gravierende Folgen haben, wie das zum Beispiel in den 1970er-Jahren der schweizer Kollege Daniel Frei für die Neutraditionalen in der damaligen Welt untersucht und auf den Namen „Strategien zum Umgang mit Abhängigkeit“ gebracht hat.¹² Ohnedies ist die Ebene der nationalen Außen- und Sicherheitspolitik ein Bestandteil jeder Konstellationsanalyse.

Sicherheitspolitik ist indes nicht Traditionspflege. Sicherheitspolitik ist heute ein fortwährendes Gestalten, ohne dem Reiz des Wandels zu erliegen, der immer wieder dazu verlockt, die neuen Chancen zur Umsetzung nationaler Eigeninteressen rigoros zu ergreifen, anstatt sie in das Licht der Verwirklichung gemeinsamer Ziele zu stellen. Die Berufung auf Tradition und bestimmte „Ideen“ wird dann oft zum Alibi für die eigene Interessenpolitik. Das ist nichts Neues, sondern ein Topos der Schule des Realismus im Fach Internationale Politik – die gerade auch deshalb allen ideellen und sich auf höhere Notwendigkeiten oder gar zu berücksichtigende Selbstverständlichkeiten einer jeweiligen herrschenden „Kultur“ und dergleichen berufenden Argumentationen grundskeptisch gegenübersteht.¹³

Realistisch mitgestalten kann man den Wandel in der multilateralen Ordnung europäischer und internationaler Sicherheitspolitik heutzutage indes nur, wenn man sich integriert. Das fängt auf der operativen Ebene der Militärpolitik an (Stichwort Battle Groups) und endet in der Mitwirkung an konstellationsgestaltenden Potenzialen – zum Beispiel auch im Rahmen des Programms „Partnerschaft for Peace“ (PfP) der NATO, dessen 10-jähriges Mitgliedschaftsjubiläum Österreich dieses Jahr bereits begehen konnte. Die NATO-Partnerschaft Österreichs ist mithin gleich alt wie die EU-Mitgliedschaft!

Was in derartigen Zusammenhängen die Frage einer *Neutralität* angeht, betrachten wir sie politologisch – und das heißt im Rahmen der Konstellationsanalyse vor allem: mit Blick auf ihre *funktionalen Folgen*. Eine klassische *politische Funktion* von Neutralität ist es, die Sicherheit des Neutralen zu mehren. Hat Neutralität aber heute tatsächlich die Folge, dass sie zur Vergrößerung der Sicherheit des Neutralen beiträgt?, ist dann die Frage im Sinn Weberianischer technischer Kritik.

Die Eigengeschichte – zum Wertmaßstab gemacht – kann, auch wenn sie eine Erfolgsgeschichte ist, zu einem Verharren in den Prinzipien des Vergangenen führen, das die Bewältigung des Gegenwärtigen behindert. Neutralität erlegt dem Neutralen nämlich klassischerweise auch Verpflichtungen auf. Zum Beispiel die Pflicht, sich selbst zu verteidigen und die dafür erforderlichen Fähigkeiten zu entwickeln. Folgt aber aus einer dogmatisch verstandenen Neutralität im Zeitalter des Multilateralismus, der Multinationalität und des Pooling militärischer Fähigkeiten möglicherweise gerade eine nicht zu vernachlässigende Beeinträchtigung der Fähigkeit, sich selbst glaubhaft zu verteidigen?

In seinen Strategien zum Umgang mit Abhängigkeit hat Daniel Frei seinerzeit einen ganzen Katalog zusammengestellt. Angesichts der wachsenden Relevanz von Fähigkeiten in der ESVP, die direkt auf der zivil-militärischen Schnittstelle liegen, zum Beispiel der EU Gendarmerie Force,¹⁴ ergeben sich für Österreich bestimmte Chancen im Bereich der Nischen-Strategie. Das heißt nicht etwa, sich in eine sicherheitspolitische Nische zurückzuziehen, sondern eine im Moment noch Nischenfähigkeit zu einem sicherheitspolitischen Qualitätsmerkmal und nicht zuletzt einem politischen Kapitalwert auszubauen, der einem die Mitsprache in der weiteren Gestaltung der sicherheitspolitischen Konstellation Europas sichert.

Wenn Herfried Münkler ausführt, dass in den „neuen Kriegen“ an die Stelle des (er)lösenden Friedensschlusses der spannungsgeladene, langwierige und stets vom Scheitern bedrohte Friedensprozess tritt,¹⁵ dann wird deutlich, dass Österreich zum Beispiel mit seiner langjährigen Peacekeeping-Erfahrung auf dem Golan und anderswo hier einiges in die Europäische Sicherheitspolitik einzubringen hat.

Freis Strategien zum Umgang mit Abhängigkeit aus heutiger Sicht ergänzend, müssen wir allerdings ebenso darauf achten, dass Sicherheitspolitik nicht mit dem Einbringen von Spezialfähigkeiten endet, sondern immer auch strategisch darauf ausgelegt sein sollte, die Gesamtentwicklung mitzugestalten. Die österreichische EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 wird hierzu eine tragfähige Gelegenheitsstruktur bereitstellen.

Mein Lehrstuhl wird sich der an ihn bereits herangetragenen Bitte, hier mit seinen Fähigkeiten des Sachverstandes und der Vernetzung fachwissenschaftlicher Expertise ein Unterstützungsmodul beizusteuern, nicht verschließen. Eine Komponente dabei wird der ab diesem September von uns geplante jährlich stattfindende Europäische Sicherheits-Congress Innsbruck (oder European Security Conference Innsbruck, kurz: ESCI) sein, dessen potenzielle Tragweite glaube ich sehr hoch einzuschätzen ist, gerade auch angesichts einer auf mittlere Sicht inhaltsorientierten sachlichen Alternative zur Münchner Sicherheitskonferenz. Die Stadt Innsbruck, ihre Universität und das Land Tirol könnten hier eine einzigartige Chance haben, sich mit dem alten neuen Zukunftsthema sicherheitspolitischer Forschung sichtbar als eine Zukunftsplattform im Herzen des neuen Europa zu etablieren.

Wenn Sie gerade auch unsere darauf gerichteten Bestrebungen mit Ihrem geneigten Interesse und vielleicht auch Ihrer freundlichen Unterstützung begleiten würden, würde ich mich sehr freuen!



Univ.-Prof. Dr. A. Siedschlag
nach seiner Antrittsvorlesung



Prof. Siedschlag mit Bundesminister Platter und seinem Mitarbeiterstab



v.l.: Generalmajor Mag. Bauer (Vorsitzender des Stiftungsrates), Dekan Univ.-Prof. Dr. Pelinka, Bundesminister Platter, Univ.-Prof. Dr. Siedschlag, Vizerektor Hofrat Dr. Wieser

Anmerkungen

- 1 Max Weber: Wissenschaft als Beruf. 8. Auflage. Berlin: Duncker und Humblot, 1991, S. 10.
- 2 Ebd., S. 14.
- 3 Max Weber: Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis (1904), in: ders.: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Potsdamer Internet-Ausgabe (<http://www.uni-potsdam.de/u/paed/Flitner/Flitner/Weber/WL.rtf>), S. 149f.
- 4 Virtuuell sind wir mit unseren Projekten und Publikationen präsent unter <http://www.european-security.info>.
- 5 Karl Acham: Philosophie der Sozialwissenschaften. Freiburg/Br. u.a.: Alber, 1983, S. 139. Speziell in Bezug auf das Fach Internationale Politik siehe Thomas W. Smith: History and International Relations. London u.a.: Routledge, 1999, S. 61-91.
- 6 Gottfried-Karl Kindermann: Zur Methodik der Internationalen Konstellationsanalyse, in: ders. (Hg.): Grundelemente der Weltpolitik. 3., erw. Neuaufl. München: Piper, 1986, S. 106-144; des neueren dann Alexander Siedschlag: Neorealismus, Neoliberalismus und postinternationale Politik. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1997, insbes. S. 78-84; Alexander Siedschlag: Internationale Politik als skeptische Gegenwartswissenschaft und die Münchner Schule des Neorealismus, in: ders. (Hg.): Realistische Perspektiven internationaler Politik. Festschrift für Gottfried-Karl Kindermann zum 75. Geburtstag. Opladen: Leske + Budrich, 2001, S. 13-66.
- 7 Barry Buzan/Ole Wæver/Jaap de Wilde: Security. A New Framework for Analysis. Boulder CO u.a., 1998.
- 8 Zu diesem Konzept: Robert D. Putnam: Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games, in: International Organization 42 (1988), S. 427-460.
- 9 Stephen M. Walt: Why Alliances Endure or Collapse, in: Survival 39 (1997), Nr. 1, S. 156-179.
- 10 Hans-Erich Volkmann/Walter Schwengler (Hg.): Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung. Boppard am Rhein: Boldt, 1985. Mit interessanten Parallelen zur ESVP siehe Erich Röper/Carsten Issel: Das Wiedererstehen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, in: Zeitschrift für Rechtspolitik 36 (2003), S. 397-402.
- 11 Siehe vor allem George Kennan, American Diplomacy, Expanded Edition, Chicago, IL, 1984, insbes. S. 100, und Bernard Johnson's Interview with Hans J. Morgenthau in: Kenneth W. Thompson/Robert J. Myers (Hg.): Truth and Tragedy. A Tribute to Hans J. Morgenthau, New Brunswick, NJ u. a. 1984, S. 333-386.
- 12 Daniel Frei: Strategien zum Umgang mit Abhängigkeit. Zürich: Forschungsstelle für Politische Wissenschaft an der Universität Zürich, 1975.
- 13 Siehe insbesondere den so genannten fünften Grundsatz des politischen Realismus bei Hans J. Morgenthau: Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik. Gütersloh: Bertelsmann, 1963, S. 56f.
- 14 Dazu z.B. <http://www.eubusiness.com/afp/040916170950.zk44b14z>.
- 15 Herfried Münkler: Die neuen Kriege. 2. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 2002, S. 67f.